

Die Sicherung der Nationalwahlen.

Das deutsche Volk steht vor den Wahlen zur Nationalversammlung. Die Nationalversammlung allein kann und den Frieden bringen, nur sie kann die erkauene Freiheit in einer neuen Verfassung verankern.

Es gilt, den ungestörten Verlauf der Wahlen zu sichern. Pflicht eines jeden Deutschen ist es, hierbei zu helfen.

Die Wahlfreibriefe sind jedem Volksgenossen durch das Gesetz, insbesondere durch den § 107 des Reichsstrafgesetzbuches ausdrücklich verbürgt. Nach dieser Vorschrift wird mit schwerer Freiheitsstrafe bestraft, wer einen Deutschen durch Gewalt und Drohung zu hindern sucht, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen. Die Reichsregierung wird jeder Störung der Wahlhandlung mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Wer es unternimmt, die Wahlen zu stören oder zu hindern, verstößt aber nicht nur gegen Gesetz und Recht, er verübt sich auch viel mehr ansehnlich der unerschütterlichen Güter, die durch die Nationalversammlung gesichert werden sollen, auch an der Zukunft des Vaterlandes.

Berlin, 14. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Chef v. Scheidemann.

Der Zentralrat.

Leinert, Cohen.

Für die Sicherung der Wahlen zur Nationalversammlung und zur preussischen Landesversammlung sind umfassende militärische Maßnahmen getroffen worden. Mit großer Verurteilung ist die in der Zusammenziehung starker Truppenmengen besonders in den Vororten aus.

Die Vorgänge in der Waffen- und Munitionsfabrik Charlottenburg.

In der Waffen- und Munitionsfabrik Charlottenburg-Martinidenfeld hatten die Arbeiter am 8. Januar einen freiwilligen Wochendienst eingerichtet, um die Fabrik und ihre Gebäude zu schützen. Die Arbeiter wollten das Werk unparteiisch gegen jedermann schützen. Sie haben daher auch die Abgabe von Maschinengegenständen an die Kommandantur verweigert. Mit peinlicher Sorgfalt ist von der Wache darauf geachtet worden, daß die Fabrik nicht beschädigt wurde. In der Freitag-Nacht erhielt die Wache Feuer von den Regierungstruppen. Als am Sonntag morgen gemeldet wurde, daß Militär anrückt, haben die Arbeiter um 8 Uhr 20 Minuten das Werk freiwillig geräumt, um jedes Blutvergießen zu vermeiden.

Als ein Arbeiter, der zu der Abführung gehörte, die um 12 Uhr mittags ihren Dienst hätte antreten sollen, und nichts von dem Abrücken ihrer Arbeitskollegen erfahren hatte, zu der Fabrik kam, fand er diese von den Regierungstruppen besetzt. Es war ein Leutnant und ungefähr 40 Mann. Die ankommenden Arbeiter wurden von dem Leutnant sofort festgenommen, der an ihnen eine Selbstuntersuchung nach Waffen vornehmen ließ. Das gleiche Schicksal erlitten acht weitere Arbeiter. Drei davon wurden mit Waffen betroffen. Alle neun Arbeiter wurden als Gefangene erklärt. Der Offizier drohte ihnen, daß, sobald sie sich rühren würden, eine Handgranate zwischen sie geworfen werden solle. Die neun Gefangenen wurden sofort unter Garde, die gleichzeitig drei rote Kerze fasser Benzol mitnahm, nach dem Realgymnasium Charlottenburg gebracht. Dort wurden sie durch einen Oberleutnant und Polizeikommissar vernommen und nach ihrer Vernehmung gefragt. Alle neun Arbeiter sagten aus, daß sie zum Schutz der Fabrik zu der neutralen Wache geholt hätten. Bei der Vernehmung wurden sie mit Ausdrücken, wie „Sportausübende, Räuber, Banditen“ und anderen Schimpfwörtern bedacht. Sodann wurden sie in einen Keller geworfen und bewacht, sogleich alle neun Arbeiter einwandfreie Papiere bei sich hatten. Nach mehrmaligen Protesten wurden um 8 Uhr abends sechs Mann entlassen. Die drei, die mit Waffen angetroffen worden waren, gab man nach abermaligen Protesten um 7 1/2 Uhr frei.

Die Direktion des Werkes benutzte diese Vorgänge, um in der nächstfolgenden Woche gegen die Arbeiter vorzugehen. Auch von der Direktion wurden die Arbeiter als „Räuber, Gefährliche“ und dergleichen bezeichnet. Es wird von ihr auch behauptet, die Wache habe Lebensmittel gestohlen. Die wachhabenden Arbeiter mit peinlicher Sorgfalt darauf geachtet haben, daß die Fabrik in keiner Weise beschädigt wurde. Ferner hat die Wachmannschaft alle Lebensmittel sowie das warme Mittagessen bezahlet. Es war überhaupt beabsichtigt worden, daß nichts ohne Bezahlung verabsolgt werde. Ferner hat die Wache auch mitgeholfen, Plünderer, die außerhalb des Werkes gestohlen wurden, festzunehmen. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe sind daher haltlos. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit, daß im Auftrag der Direktion zwei Tage nach Weihnachten 5 Schweine heimlich geschlachtet worden sind, die von den Lebertrüben der Maschinenprüfung gefüttert wurden. Der Arbeiter hat diese damals Protest dagegen eingelegt und verlangt, daß das Fleisch der Schweine zu Wurst verarbeitet und gleichmäßig unter alle Beschäftigten verteilt werde. Die Befehlsgabe von Lebensmitteln kommt also auf das Konto ganz anderer Leute als der wachhabenden Arbeiter.

Ein Arbeiter, der am Sonntag verhaftet wurde, hatte vorher bei der Direktion den Antrag gestellt, eine Kontrolle der Lebensmittel bezuschlagen. Der Leutnant aber verweigerte den betreffenden Arbeiter, so daß eine Kontrolle der noch vorhandenen Lebensmittel nicht möglich war.

Die Direktion, die sich jetzt vollständig als Herr im Hause fühlt, hat erklärt, daß sie sofort den Betrieb einstellen und am 31. Januar das Werk schließen werde. Sämtliche Arbeiter haben bis 26. Januar ihre Kündigung erhalten. Außerdem behauptet die Direktion, daß die Arbeiterärzte nichts mehr zu sagen hätten. Ueber diese beiden Fragen wird mit den Vertretern von der Direktion noch ein ernstes Wort zu reden sein.

Erziehung von Gefangenen.

Einem Mitarbeiter des „B. L.“ erklärte Oberst Reinhard u. a.:

„Die Sportausübende hatten bei den Kämpfen am „Vorwärts“ verschärflich Dum-Dum-Geschosse verwendet. Die reglementierten Truppen sind dadurch derartig erregt, daß sie sämtliche Sportausübende, bei denen sie Dum-Dum-Geschosse in den Gewehrkäufen vorfinden, kurzerhand erschaffen.“

Hier wird also die Erziehung von Gefangenen angegeben. Und das allein ist das Richtige. Denn daß erst genau die Geschwände von den „erregten Truppen“ untersucht worden sind, wird wohl niemand glauben.

Bewaffnete Zusammenstöße in Bremen.

Hiesige bewaffnete Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Arbeiters- und Soldatenrats über die Bewaffnung des Proletariats und die lebhafteste Erregung über die gerichtsweise in Aussicht genommene völlige Entwaffnung der Garde führte heute zu einer offenen Auflehnung des Soldatenrats und der Garde und zur Verhaftung des Stabskommandanten Göttsch, seines Stellvertreters des Führers des Arbeiterwehr-Bataillons. Die Truppen sperren das Innere der Stadt sowie die Brücken über die Weser ab. Die Arbeiter auf den Werften wurden dazu auf-

gefordert, die Waffen niederzulegen. Dieser Aufforderung kamen die Arbeiter der Danke-Hobd-Werke nach, während die Arbeiter der Kettengießerei, weiter die Truppen mit Maschinengewehrfeuer empfangen, wobei die Truppen zwei Tote und zwei Schwerverwundete hatten. Den Truppen war Befehl gegeben worden nicht zu schießen. An der Kaiserbrücke wurden die Arbeiter aufgehalten. Das Publikum wurde auf etwa 20 Schritte an die Maschinengewehre herangedrängt. Nach mehrmaliger Aufforderung des Führers, zurückzugehen, wurden Schreie abgegeben. Inzwischen fanden Verhandlungen in dem Kaufhaus statt, die dazu führten, daß eine vorläufige Waffenruhe angenommen wurde.

Von verschiedenen Quellen traf die Nachricht ein, daß G. u. H. mobilisiert worden sei und zur Verstärkung der Heiligen Kommunisten Mannschaften mit Artillerie auf dem Weg nach hier seien. (W. L. S.)

Die Lebensmittelzufuhr nach Deutschland.

Nach einer Mentermeldung aus London tritt der Lord George nabelebende „Daily Chronicle“ für die Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland und Oesterreich ein. England, so schreibt das Blatt, wünsche nicht, daß Deutschland und Oesterreich dem Beispiel Rußlands folgen. Die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen sollte aber von der rechten Wahl der Nationalversammlung auf regelmäßigem demokratischem Wege abhängig gemacht werden. Eine derartige Erklärung durch die assoziierten Mächte würde in Deutschland und in ganz Europa eine wohlthuende Wirkung ausüben.

Bezüglich Bolens schreibt das Blatt, da die Vereinigten Staaten und die Alliierten von der Notwendigkeit der Errichtung eines vereinigten freien und unabhängigen Bolens überzeugt seien, sei es nicht überraschend, daß die Assoziierten davon denken, Bolens weitere Hilfe zu senden. Es würden sowohl Munition als auch Vorräte benötigt, vor allem Flugzeuge und Piloten.

Washington, 14. Januar. (Reuter.) Das Repräsentantenhaus hat die Bill zurilderung der Hungersnot mit großer Mehrheit angenommen. Man erwartet, daß auch der Senat die Bill bald annehmen wird.

Washington, 13. Januar. (Reuter.) Die schon gemeldete Volkshaus des Präsidenten Wilson an den Kongress lautet: Ich kann nicht ernst genug darauf bringen, daß der Kongress die Gelder bewilligt, die Hoover für das Lebensmittelhilfswerk verlangt hat. Dies ist jetzt der Schlüssel zu der gesamten Lage in Europa und zur Lösung der Hungersnot. Der Bolschewismus rückt immer mehr nach Westen vor und bedroht Deutschland. Er kann nicht mit Gewalt, wohl aber mit Lebensmitteln aufgehalten werden. Alle leitenden Männer, mit denen ich berate, sind sich darüber einig, daß gemeinsames Handeln in dieser Angelegenheit von größter Bedeutung ist. Das Geld wird nicht für Lebensmittel für Deutschland selbst gebraucht werden, denn Deutschland kann seine Lebensmittel kaufen, aber es muß angewandt werden, um die Lebensmittelversorgung Bolens der besetzten Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie und anderer Bundesstaaten auf dem Balkan zu finanzieren. Ich ersuche Sie, diese Sache so schnell wie möglich vor dem Kongress zu bringen. Ich weiß nicht, wie wir die nötige Macht finden sollen, um Frieden zu schließen, wenn dieses Mittel, um den Strom des Anarchismus abzuwenden, nicht angewandt wird.

Die Lage in Argentinien.

Buenos Aires, 14. Januar. (Quas.) Die Lage wird wieder normal. Die Läden sind wieder geöffnet und die Wohnen nehmen den Verkehr wieder auf. Dreihundert Kradfahrer wurden verhaftet, wodurch sich die Zahl der seit drei Tagen verhafteten Personen auf 800 erhöhte.

Politische Nachrichten.

Das Selbstverständnis. Das Reichsministerium setzt auf Grund aufgetretener Zweifel mit, daß es jedem Heeresangehörigen selbst überlassen bleiben muß, welcher Partei er bei den Wahlen zur Nationalversammlung seine Stimme geben will und daß dabei nur sein eigenes Gewissen und seine innerliche Überzeugung als Richtschnur dienen dürfen.

Die schwedische Auslandsbewegung. Der Zustand der schwedischen Seeleute dauert an. Auch in anderen Arbeitskategorien greift die Streikbewegung um sich, besonders bei den Telegraphen- und Telefonarbeitern. Die Verhandlungen wegen der Forderungen der Saksomatibühner werden fortgesetzt.

Der Protest-Sturm.

Das Maschinen- und Kesselpersonal und die Arbeiterschaft der Elektrizitätswerke „Südwest“, Schöneberg, sowie der Berliner Vorort-Elektrizitätswerke erklärte in einer allgemeinen Betriebsversammlung, daß die Führer aller politischen Richtungen, die sich unfähig erwiesen haben, diesen entsetzlichen Brudermord zu verhindern, nicht auf den Weg gehören, wo sie sind. Wird diesem ernstlichen Verlangen nach Einigung und Einstellung des Gemeinheits keine Rechnung getragen, so erklären sämtliche Maschinenisten und Heizer aller Elektrizitätswerke, die Arbeit binnen 24 Stunden einzustellen.

Eine vollbesetzte allgemeine Betriebsversammlung der Städtischen Elektrizitätswerke Berlins hat sich voll und ganz mit diesem Beschluß einverstanden erklärt.

Die Arbeiter beiderlei Richtung der Möbelfabrik von Köhler u. Schmidt schließen sich der Kundgebung der großen Betriebe betr. Einstellung des Bruderkrieges auf dem Verhandlungswege voll und ganz an. Die Prethetigkeit ist unter allen Umständen wieder herzustellen.

700 Arbeiter und Angestellte der Firma Rehling u. Thomass, Ackerstraße, protestieren gegen das Blutvergießen und verlangen, daß sämtliche Führer zurücktreten, um anderen nicht kompromittierten Führern Platz zu machen.

Der gesamte Vertrauensrat der Großen Berliner Straßenbahn, der ca. 15000 Mann hinter sich hat, ist gegen jeden Bruderkrieg der Arbeiterschaft und fordert die Arbeiter auf, den Kampf wie früher mit der geistigen Waffe zu führen und zur Einigung zu schreiten.

Etwa 500 versammelte Arbeiter und Angestellte des Städtischen Tief- und Schlachthofes schließen sich der Protestbewegung der Arbeiterschaft ganz Deutschlands an, um dem unseligen Brudermord ein Ende zu machen. Als Hindernis zur Einigung der Arbeiterschaft betrachten die Versammelten die kompromittierten Führer aller Parteien und fordern den Rücktritt derselben.

Verächtlich. In dem in Nr. 1 der „Freiheit“ veröffentlichten Protokoll ist die Zahl der Arbeiter und Angestellten der Firma Garbaty mit 500 angegeben, während in Wirklichkeit sich lediglich 1200 Arbeiter und Angestellten für die Bestrebungen erklärten.

Groß-Berlin.

Leistet Wahlhilfe!

Die Wahlarbeiten für die Nationalversammlung sind durch die Hast, mit welcher der Termin angelegt ist, noch im Rückstand. Es bedarf der Mitarbeit aller Genossen und Genossinnen, um nur die dringendsten Arbeiten zu bewältigen. Unsere Bezirksführer müssen bei der Vorbereitung der Jungblätter tatkräftig unterstützt werden, zumal diesmal jede Wohnung belegt werden muß, wenn es sich nicht gerade um bekannte arbeiterfreundliche Persönlichkeiten handelt.

Da der Wahltag ein Sonntag ist, werden wohl genügend Hilfskräfte vorhanden sein, die auch für die Abführung ausreichen werden. Die Wahlzeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends.

Unsere Genossen in den Kreisen bitten wir, dafür Sorge zu tragen, daß die Zusammenstellung des Wahlresultates organisiert und uns durch Radfahrer so schnell wie möglich übermittelt wird.

Der Streik bei der Hochbahn.

Die Verhandlungen am gestrigen Tage sind ergebnislos verlaufen, da schließlich keiner der maßgebenden Herren der Hochbahngesellschaft mehr zu erreichen war. Doch sollen heute Verhandlungen stattfinden, von denen eine Entscheidung zu erwarten ist. Den Hauptdifferenzpunkt bildet die Tatsache, daß die von der Tochtergesellschaft der Hochbahngesellschaft (Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft) übernommenen Arbeiterkräfte als neu eingetretene betrachtet werden, wodurch für diese eine empfindliche pekuniäre Schwächerstellung hervorgerufen wird. Es sollte für die Direktion eine Selbstverständlichkeit sein, in einem Ausmaß dieser Ungerechtigkeit einzuwilligen. Auch in bezug auf die Forderungen der übrigen Kategorien ist Entgegenkommen sehr zu empfehlen. Gerade die Hochbahngesellschaft hat von allen Betriebsinstituten die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen gehabt. So, es ist sogar die beschämende Tatsache zu verzeichnen, daß noch bis vor ganz wenigen Tagen für die Angestellten der Teltower Kreisbahn — gleichfalls ein Tochterunternehmen der Hochbahngesellschaft — ein Vertragskonkordat bestand, wonach ihnen die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, besonders zum Transportarbeiter-Verband, untersagt war.

Öffentliche Versammlungen der U. S. V. D. Berlin

finden am Donnerstag, 16. Januar, abends 7 Uhr bei Krich, Badstraße 12, Schulaula, Hienstraße 17, Schulaula, Oderbergerstraße 55-59, und Schulaula Gleimstraße 46 statt. Es sprechen die Genossen Leo Drucker, Emil Schroeder, Föhner und Dr. Weinberg.

Plünderungen.

Die vorige Woche haben unläutere Elemente sich zunutze gemacht, indem sie raubten und stahlen, was ihnen unter die Hände kam. Die Polizeikommission waren vom Dienst befreit und die Spitzhunden hatten freies Spiel. Bischof benutzte der Großhabitus die graue Uniform, um unter dem Deckmantel von Sicherheitsmannschaften Einbrüche und Klünderungen zu verüben. Natürlich wird das alles den Spartakiden aufs Konto geschrieben, um sie als eine Räuber- und Klünderergesellschaft zu diskreditieren.

Der erste Kommandant von Berlin, Klünderer, gibt bekannt: In allen Angelegenheiten der Militärverwaltung der Kommandantur ist der Militärinspektor Dr. Bongardt der Vertreter des ersten Kommandanten und es ist seine Unterpflicht maßgebend.

Die Frist zur Lieferung der Waffen wird in Berlin um 24 Stunden verlängert. Die bis zum 16. Januar 10 Uhr festgesetzte gewesene Frist läuft bis zum 16. Januar vormittags 10 Uhr, die bis zum 16. Januar vormittags 10 Uhr festgesetzte gewesene Frist bis zum 17. Januar vormittags 10 Uhr.

Die für die Stadtgemeinde Berlin aufgestellten Wählerlisten für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung sind von 531 für 1 283 363 Personen eingeleitet worden.

Gemeinsam in den Tod gegangen ist der Genosse Rosenstiel mit seiner Ehefrau. Genosse Rosenstiel war in Neudölln ein tätiges Mitglied. Der Verlauf der Vorwoche hat auf das Gemüt Rosenstiels einen niederdrückenden Eindruck gemacht, und er beschloß aus dem Leben zu scheiden. Das tat er, indem er zunächst seine Frau mit ihrem Einverständnis und dann sich selbst erschoss.

Im XII. Saal des Verbandes der freien Volkshäuser, des Sonntag, den 13. Januar, mittags 12 Uhr, im Theater am Hülshofplatz stattfindend, wird der Rudrigalder des Akademischen Institut für Kirchenmusik unter Leitung von Professor Carl Zühlke Chöre von Fink, Köhler, Schubert, Wachsmann und Schumann zum Vortrag bringen. Die Kammermusikvereinigung der Kapelle des Opernhouses bringt Schuberts Follenaquintette zu Werke.

Hörsaal „Rönig“. Im Lessing-Theater wird die Uraufführung von Hörsaals „Rönig“ unter Regie von Victor Barnowski Mitte nächster Woche stattfinden.

Heriara hat der Gen. Barde, Tempelhof, Oberlandstr. 2, seine Arbeitervorteile (rote Karte, unterzeichnet vom Arbeiterrat des St. Teltow, Vogel und sein Wahlvereinsbuch). — Briefstunde mit Inhalt, darunter sein Wahlvereinsbuch, hat der Gen. Emil Fischer, Tiltler Str. 46, im Gebäude der Versammlung im Friederichshain am Sonntag verloren. — Die Finder werden gebeten, ihre Adresse den oben genannten Genossen mitzuteilen.

Aus den Organisationen.

Teltow-Beeslow, U. S. V.

Kündigung! Krisenvorstand! Donnerstag, den 16. Januar, von nachmittags 5 Uhr ab, Material zur Wahl empfangen. Um 6 Uhr findet dann eine Konferenz der Ortsvorstände mit Agitationskommission und Kreisvorstand statt. Es ist dringend notwendig, daß alle dem Kreis angeschlossenen Orte vertreten sind.

Hohen Neuendorf. Freitag, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Mühle“, öffentliche Volksversammlung u. a. Tagesordnung: Die U. S. V. und die gegenwärtige Lage. Referent: Gen. Dr. Weitzel. — Donnerstag, abends 8 Uhr, bei Weizer, Berliner Str. 30, Wahlvereinsversammlung.

Buch, Köntgenal, Sepernia. Donnerstag, 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Kramm, Buch, Kaiser-Friedrichstr. 43, öffentliche Volksversammlung u. a. Tagesordnung: Die Wahlen zur Nationalversammlung. Ref. Franz Köhler.

Köntgenal, Sepernia, Buch Schönewe, Schwanebeck, Vithals. Sonnabend, 16. Januar, abends 7 Uhr, bei Lange, Köntgenal, Sitzungsstr. 10/11, Mitgliederversammlung.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Bielow, Neukölln. — Druck der Lindendruckerei und Verlags-Gesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.